

IWH-Pressemitteilung 29/2013

Halle (Saale), den 21. August 2013

Wege zu einer Willkommenskultur – Perspektivwechsel im Nachdenken über Zuwanderung

Fachkräfte kommen zu selten, konzentrieren sich auf die Städte und bleiben nicht dauerhaft. Forscher des IWH und der Universität Potsdam erklären Migrationsentscheidungen aus Perspektive der Arbeitskräfte und berücksichtigen dabei auch soziale Faktoren. Sie kommen zu dem Schluss: Die Transaktionskosten der Migration nach Deutschland sind gerade für Hochqualifizierte zu hoch.

Warum ist Deutschland trotz hoher Löhne kein attraktives Einwanderungsland für qualifizierte Fachkräfte? Im Unterschied zu Ansätzen, die rein ökonomisch argumentieren, bezieht die Studie auch „weiche“ Faktoren in die Analyse ein. Diese Faktoren werden seit längerem unter dem Begriff der Willkommenskultur diskutiert. Dabei setzen die Autoren auf die Institutionenökonomik, mit deren Hilfe sich scheinbare Widersprüche zwischen wirtschaftlichen Motiven und sozialem Kontext überbrücken lassen. Migrantinnen und Migranten werden als potenzielle Marktteilnehmer betrachtet, die auf bestimmte Hindernisse treffen, deren Überwindung für sie mit einem hohen Aufwand (Transaktionskosten) verbunden ist.

Erfolgversprechende Maßnahmen zur Fachkräftewerbung müssen entsprechend so ausgestaltet sein, dass sie die Transaktionskosten aus Sicht der Migranten und ihrer Angehörigen senken. Sie reichen von Sprachkursen, über die Anerkennung von Berufsabschlüssen bis hin zur Sanktionierung von Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit in der Zielgesellschaft. Und sie müssen differenziert eingesetzt werden, da die Einwanderer keine homogene Gruppe darstellen.

Nicht zuletzt der demographische Wandel wird langfristig zu einem globalen Wettbewerb um qualifizierte und hochqualifizierte ausländische Fachkräfte führen, besonders in strukturschwachen Regionen. Gerade hier sind jedoch die weichen Faktoren der Willkommenskultur noch relativ schlecht ausgeprägt.

Veröffentlichung:

BUSCHER, HERBERT S.; SIEGERT, ANDREAS: Über Willkommenskultur und Einwanderungspolitik, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (4), 2013, 69-72.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Dr. Herbert Buscher
Tel.: +49 345 7753 770, E-Mail: Herbert.Buscher@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: Stefanie.Orphal@iwh-halle.de

Sperrfrist:
21. August 2013
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Herbert Buscher
Telefon:
+49 345 7753 770
E-Mail:
hbr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
(BMBF)

Wissenschaftliche Schlagwörter:

Migration,
demographischer Wandel,
Arbeitsmarkt,
Fachkräftebedarf,
Willkommenskultur

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.